



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Das Problem heißt Rassismus! Menschen vor rassistischer Hetze und rechter Gewalt schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die rassistische Hetze und die Morddrohungen gegen den Zornedinger Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende auf das Schärfste und spricht ihm seine Solidarität aus – auch stellvertretend für die vielen weiteren Opfer rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt in Bayern. Der Landtag setzt sich für die Sicherheit aller Menschen ein, die sich aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer sexuellen Identität oder ihres politischen bzw. humanitären Engagements von Gewalt bedroht fühlen oder bedroht sind.

Der Landtag steht geschlossen für eine offene, friedliche Gesellschaft ein. Er zeigt klare Kante gegen Populismus, Hass, Rassismus und Gewalt. Es dürfen nicht diejenigen gestärkt werden, die andere ausgrenzen, herabwürdigen und verletzen wollen, indem ihre Positionen wiederholt und gerechtfertigt werden.

2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ein Maßnahmenkonzept zum wirkungsvollen Schutz aller in Bayern lebenden Menschen vor rassistischer und rechtsextremer Hetze und Gewalt vorzulegen.

Dieses Konzept muss insbesondere folgende Maßnahmen beinhalten:

- die Sicherheitsbehörden müssen entschieden gegen Hetze und Gewaltandrohung vorgehen – insbesondere in den sozialen Medien;
- eine eigenständige Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt muss geschaffen werden. Dort wird den betroffenen Menschen geholfen, die Folgen der Übergriffe zu bewältigen. Maßstab sind die inhaltlichen

Empfehlungen der „Arbeitsgruppe Qualitätsstandards der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“.

- die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle Demokratie“; sie soll das Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie des djihadistischen Salafismus über alle Ebenen hinweg koordinieren. Die Stelle soll zudem die Verwaltung mit der Zivilgesellschaft vernetzen.
3. Langfristig ist es gemeinsame Aufgabe, rassistische und rechtsextreme Einstellungen zurückzudrängen. Sie bilden den Nährboden für Straftaten und Gewalt. Bessere Bildung ist der Schlüssel um Demokratie zu stärken und Gewalt vorzubeugen. Dafür braucht es einen deutlichen Ausbau der präventiven, schulischen wie außerschulischen Bildungsangebote in Bayern.

Begründung:

Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem, das uns alle angeht. Fast täglich gibt es in Bayern Aktionen und Kundgebungen von rechtsextremen und populistischen Gruppierungen, Angriffe auf Asylunterkünfte, Gewalttaten und rassistische Angriffe gegen Jüdinnen und Juden, gegen Musliminnen und Muslime, gegen Sinti und Roma, gegen People of Color, gegen Flüchtlinge und gegen Migrantinnen und Migranten.

Seit 2013 hat sich die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte mehr als verfünffacht. Auch die allgemeine Zahl rechtsextremer und rassistischer Gewalttaten ist massiv angestiegen. Zuletzt schockierte der Fall des Zornedinger Pfarrers Olivier Ndjimbi-Tshiende, der nach massiven Beschimpfungen und Bedrohungen seine Rücktritt erklärt hat. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass in einer aktuellen Forsa-Umfrage 83 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger die Angriffe auf Flüchtlingsheime und die zunehmende rassistische Gewalt als größte Sorge angaben. Auch in Bayern ist das Sicherheitsempfinden durch die extreme Zunahme der Gewalt von rechts nachvollziehbarerweise stark beeinträchtigt.

Es zeigt sich gleichzeitig immer deutlicher, dass die bisherigen Maßnahmen der Staatsregierung nicht ausreichen, um das Problem in den Griff zu bekom-

men. Insbesondere der rechtsextremen und rassistischen Hetze bzw. Gewaltandrohung im Netz wird noch zu zaghaft begegnet. Zudem fehlt den Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt bis heute eine Anlaufstelle, die sie – über die konkrete Strafverfolgung hinaus – bei der Bewältigung der mittelbaren und unmittelbaren Angriffsfolgen sowie in der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt.

Die Staatsregierung ist deshalb in der Pflicht, endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, diese zu koordinieren um alle Menschen in Bayern vor den akuten und potenziellen Gefahren rechtsextremer und rassistischer Gewalttäter zu beschützen.